

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst G. Schmidt, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plunsohn, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pionat & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1111; für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2,25 Mk., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2,25 Mk., ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inzeration: gebührt die 7gepaltene Kolonietabelle 20 Pf., Inserate von auswärtig 30 Pf., im Restamtel Seite 1 Mk. Postkontonummer: Nr. 5233 Berlin. — Erwaigter Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 57.

Magdeburg, Freitag den 9. März 1917.

28. Jahrgang.

## Der Gefränkte.

Der preussische Landwirtschaftsminister, Freiherr von Schorlemer, hat sich bei der Beratung des Landwirtschafts-Etats im Abgeordnetenhaus gegen die zahlreichen Angriffe, die ihm in der letzten Zeit widerfahren sind, zur Wehr gesetzt. Das ist sein gutes Recht. Aber die Art, in der er dies tat, kann kaum ihm oder der Sache, die er vertritt, nützlich sein. Aus der Rede des Ministers spricht geradezu ein Uebermaß von persönlicher Verbitterung und Gereiztheit, sie wimmelt von Kraftausdrücken, die sich stellenweise bis zu Schimpfwörtern steigern.

Daß Schorlemer für diese seine Rede jubelnden Beifall fand, versteht sich bei der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses von selbst. Gerade die schärfsten Schärfer gegen Reichstag, Arbeiterklasse und Vertreter der Wissenschaft mußten dort begeisterte Zustimmung finden. Schorlemer ist zum Beispiel sehr glücklich darüber, daß der Deutsche Reichstag noch nicht in der Lage ist, preussische Staatsminister zu berufen und abzusetzen, und er versichert, er werde auf seinem Platz ausbleiben, solange ihm der Wille des Königs und das Vertrauen der Landwirtschaft das Verbleiben ermöglichen. Für ihn ist es also geradezu eine lächerliche Vorstellung, daß sein Verbleiben im Amte vom Vertrauen der deutschen Volksvertretung abhängig gemacht werden könnte, er hält es aber für selbstverständlich, daß er nur so lange in seinem Amte bleiben könne, als ihm das Vertrauen der Landwirtschaft dies ermöglicht. Das ist die Sprache eines unverfälschten preussischen Ministers, dem Bund der Landwirte alles ist. . .

Interessanter aber als alle Ausfälle gegen Reichstag und Gewerkschaften sind die kaum noch verdeckten Angriffe, die Schorlemer

gegen die Reichsleitung selbst

gerichtet hat. Der preussische Landwirtschaftsminister fühlt sich, wie aus seiner Rede hervorgeht, beengt und zurückgesetzt. Er klagt, ihm sei der nötige Ueberblick über die wirtschaftliche Gesamtlage geradezu unmöglich gemacht, und er wisse selbst kaum mehr, wie weit seine Kompetenzen

gingen. Um zu zeigen, wie schlecht er behandelt werde, führte er unter stürmischen Hör-,hörtl-Rufen der Rechten zwei Fälle an.

Der erste Fall betrifft die Einführung des Kartoffelanbauzwangs im Regierungsbezirk Trier. Von dieser Maßnahme hat Schorlemer, wie er mitteilt, erst durch eine Zeitungsnachricht erfahren. Er sei als Landwirtschaftsminister für Preußen danach nicht gefragt worden, und er habe sich genötigt gesehen, sich an den Regierungspräsidenten mit der Frage zu wenden, ob die Nachricht richtig ist, und auf Grund welcher Bestimmungen eine solche Verordnung erlassen ist. Mit dieser Mitteilung wollte Herr v. Schorlemer „dem albernen Märchen entgegenzutreten“, daß er es sei, der Maßnahmen von Reichsrechts unmöglich mache.

Wir finden diesen Beweis nicht unbedingt zwingend. Es scheint allerdings, daß Schorlemer übergangen worden ist, um eine Einrichtung zu schaffen, die von der Bevölkerung des Westens lebhaft begrüßt wird, und die insbesondere von der Stadt Köln sehr dringend gefordert wurde. Nun ist aber der übergangene Herr v. Schorlemer mit einem Donnerwetter dazwischen gefahren. Es scheint danach, daß der Titel „Vater aller Hindernisse“, der ihm von bestimmter Stelle schon längst verliehen worden ist, nicht ganz unverbient wäre.

Der zweite Fall ist sachlich weniger wichtig, dafür aber pikanter. Der Minister teilte — wieder unter stürmischen Hör-,hörtl-Rufen — mit, daß die

Eingabe der deutschen Gewerkschaften

in der Ernährungsfrage am 23. Februar in die Hände des Reichskanzlers und des Präsidenten des Kriegsernährungsamts gelangt sei, daß aber er, der preussische Landwirtschaftsminister, erst aus dem „Vorwärts“ vom 4. März etwas von ihr erfahren habe. Schorlemer scheint sich danach in einem recht angenehmen Verhältnis zu den obersten Reichsstellen zu befinden, und er hält es für richtig, dieses angenehme Verhältnis vor aller Öffentlichkeit zu betonen. Sagt er

doch ironisch, die Eingabe der deutschen Gewerkschaften sei „ein Beweis für die engen Beziehungen zwischen dem preussischen Landwirtschaftsministerium und den leitenden Stellen im Reich“. Er sagt damit für jeden, der zu hören versteht, daß diese Beziehungen so schlecht wie möglich sind. Daß aber ein preussischer Minister hingehet, um sich im Preussischen Landtag über die schlechte Behandlung, die ihm vom Reichskanzler und Ministerpräsidenten zuteil werde, öffentlich zu beklagen, dies ist wohl ein in der Geschichte des Reiches und Preußens noch nicht dagewesener Fall!

Daß die Dinge so liegen, war den Lesern der sozialdemokratischen Presse längst kein Geheimnis mehr. Auf die schweren „Unstimmigkeiten“, die zwischen dem preussischen Landwirtschaftsministerium und den leitenden Reichsstellen walteten, haben wir schon seit Monaten wiederholt mit aller Deutlichkeit hingewiesen. Jetzt ist aber die innere Lage so weit gediehen, daß man von einer

offenen Krisis

reden kann.

Es soll in diesem Zusammenhang gar nicht einmal untersucht werden, wer sachlich recht hat. Aber ob die Wege der obersten Reichsstellen oder die des preussischen Landwirtschaftsministeriums die richtigen sind, so viel ist gewiß, daß es unmöglich ist, beide zugleich zu gehen. Den Luxus des Gegeneinanderregierens können wir uns in dieser schweren Zeit am allerwenigsten gestatten, Einigkeit an den leitenden Stellen ist das höchste Gebot der Notwendigkeit. Denn erstens läßt sich eine irgendwie erfolgversprechende Ernährungspolitik nur durchführen, wenn der einheitliche Zug von oben nach unten durch keine zwischeninstanzlichen Geminnisse gestört wird, und zweitens sollen wir uns mehr denn je hüten, vor dem Ausland den Anschein innerer Ratlosigkeit zu bieten, der als ein Vorstadium beginnender Auflösung gedeutet werden kann. Schorlemers Flucht in die Öffentlichkeit ist der beste Beweis dafür, daß es so wie bisher nicht weitergeht. —

## Die neue Wirtschaft.

Seht der Krieg, wie wir zuberichtlich hoffen, im Herbst dieses Jahres zu Ende, dann wird das Reich nach dem Kriege jährlich 7 bis 8 Milliarden Steuern mehr als 1913 aufzubringen haben. Gegenüber einer so gewaltigen Anforderung muß schließlich auch der Bequemlichkeitsstandpunkt versagen. Mag die Regierung taunehm mit der Absicht umgehen, die Warenumsatzsteuer, die Bier- und Tabaksteuern und andre indirekte Abgaben zu vergrößern, die Umsatzsteuer vielleicht verzehnfachen — das Reich braucht so viel Geld, daß mit diesen alten Rezepten allein nicht zum Ziele zu kommen ist. Und auch wenn der Widerstand der Einzelstaaten gegen die Reichs-vermögenssteuer, das hartnäckige Stemmen der Grundbesitzer gegen eine durchgreifende Erbschaftsteuer gebrochen wird — auch die Abgaben vom Einkommen und Vermögen, auf die auch Staat und Gemeinde angewiesen sind, können es kaum allein schaffen — alle öffentlichen Körperschaften werden willig oder widerwillig an die Aufgabe gehen müssen, sich Ueberfluß-Betriebe anzugliedern, und einen Teil ihrer notwendigen Ausgaben aus den Gewinnen dieser Monopole zu decken.

Die Monopolfrage wird durch die Tatsachen auf die Tagesordnung gestellt; sie ist unausweichlich. Die Arbeiterklasse darf sich von ihr nicht überrücken lassen. Das hat die Generalkommission der Gewerkschaften veranlaßt, mit Billigung des Parteivorstandes einige Wirtschaftstheoretiker der Arbeiterklasse zur Herausgabe von

Studien über die Monopolfrage

zu veranlassen. Unter der Leitung von Wilhelm Junon haben Heinrich Cunow, Otto Hue und Roy Schippel im Vorwärts-Berlag drei wichtige Arbeiten über die Monopolfrage herausgebracht.

Die Arbeit Schippels sollte von Rechts wegen an der Spitze stehen, weil sie uns parteiübergreifend in das Problem hineinführt. Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer Jugendzeit die Reichs-Eisenbahnpläne und das Labakmonopol Bismarcks, wie den aus ihren eigenen Reihen hervorgegangenen Plan der staatlichen Feuerversicherung entschieden abgelehnt, und Wilhelm Liebknecht hat den Kampf gegen Monopole für eine Prinzipienfrage erklärt; staatliche Monopole müßten zur tiefsten Erniedrigung der Arbeiter führen, und das Grab der Freiheit werden. „Nieder mit dem Staatssozialismus! Es lebe die Sozialdemokratie!“ rief er im Zürcher „Sozialdemokrat“ den Arbeitern zu. Jules Guesde, der jüngst verfloßene französische Minister, hat noch auf dem französischen Parteitag von 1911 scharf gegen die Verstaatlichung der Bergwerke in Frankreich angeämpft und der alten Katastrophentheorie gehuldigt, der Staat sei nichts als die Festung der Kapitalistenklasse, eine Verstaatlichung habe für die Arbeiter erst dann einen Sinn, wenn sie die Staatsmacht erobert hätten, wenn es in Wirklichkeit eine Nation gebe, nicht wie heute zwei Klassen, die einander bis aufs Messer bekämpfen.

Aber in Italien hat die Sozialdemokratie das staatliche Versicherungsmonopol durchgesetzt, in der Schweiz das Labakmonopol propagiert, in Deutschland der Aufhebung der Privatposten zugestimmt und die Verstaatlichung der Apotheken gefordert, und in Oesterreich gar die Monopolisierung des Großhandels mit Eisen, Zucker, Bier, Petroleum, Spiritus, Kohle, Seife und allen durch die Kartelle vertriebenen Waren beauftragt.

Am entschlossensten — wie stets der Belehrung durch die Praxis zugänglich — hat August Bebel diese Entwicklung mitgemacht und sich in der „Neuen Zeit“ (Febr-

gang 1900/01, Seite 228 ff.) mit der größten Entschiedenheit für kräftig zugreifende Verstaatlichung ausgesprochen. Für das Getreide- und Petroliummonopol bestand in der Gesamtpartei schon vor dem Kriege viel Stimmung.

Dieser Wechsel der Parteianschauung steht mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse

selbst in engem Zusammenhang. Darüber berichtet Cunow. Er stellt die Entwicklung der Kartelle und Syndikate in der privaten Industrie dar, die fast nirgends weiter als 25 Jahre zurückreicht. Die Privatmonopole haben nicht die überragend guten Seiten, welche ihnen die bürgerliche Wissenschaft zum Teil nachgerühmt hat; sie wollen nicht die Produktion regeln, und können nicht die Krisen aus der Welt schaffen, sondern haben zum Ziele die Steigerung des Unternehmergewinns durch bestmögliche Ausnutzung der Konjunkturen. Aber so gefährlich sie dadurch für das Wirtschaftsleben der ganzen Nation sein können, stellen sie doch im ganzen eine höhere Wirtschaftsstufe dar, als die vielen völlig zerstückelten und unzusammenhängenden erwerbswirtschaftlichen Betriebe waren, und werden mit Notwendigkeit nach dem Kriege noch mehr wachsen, als schon vor und in dem Krieg. Denn die deutsche Industrie hat durch den Krieg wieder eine strenge Schule technischer Umwälzung und moderner Massenfabrikation durchgemacht; sie wird nach dem Krieg auf dem Weltmarkt viel stärker zu kämpfen haben; sie hat sich noch mehr als früher an einheitliche großzügige Leitung durch die Kriegsanforderungen gewöhnen müssen; die Kleinbetriebe haben sich durch Fusionen immer mehr erweitert; kurz, der Zug zum Monopol ist unverkennbar und unumkehrbar. Und damit ist die Frage der Monopole für uns

in neuer Form gestellt. Sie heißt nicht mehr Verstaatlichung oder freie Konkurrenz, sondern

### Privatmonopol oder Staatsmonopol?

Und die Aufgabe, die die Sozialdemokratie zu lösen hat, hat sich nun dahin verschoben: nicht mehr wie früher zu prüfen, ob Monopole erwünscht sind, sondern einfach festzustellen, welche Industrie- oder Handelszweige sich am besten zur Umwandlung in Reichsbetriebe eignen und wie diese Umwandlung je nach der Eigenart dieser Betriebe unter Berücksichtigung der gegebenen Finanzlage zum Nutzen der deutschen Volksmasse am besten durchgeführt wird.

Diese Frage beantwortet Hue mit einer überzeugenden Empfehlung der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues. Jansson zieht in einem Schlusswort die allgemeinen Lehren aus den Feststellungen dieser drei Studien für unsere künftige Parteitaktik in der Steuerfrage. Er nennt Kohle, Waffen und Munition, Getreidehandel und Mühlenindustrie sowie das Kali als die Gebiete, die für die Arbeiterklasse zunächst zur Verstaatlichung reif erscheinen. Er entwickelt die Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse ihrer Übernahme in Reichsverwaltung zustimmen könnte: gesetzlicher Schutz des Koalitionsrechts, öffentliche paritätische Arbeitsvermittlung, Arbeitskammern, Reichsarbeits- und Wirtschaftsamt, Teilnahme der Arbeiter und Angestellten an der Monopolverwaltung. Selbstverständlich sind das alles nur ungefähre Programmriffe, die noch näherer Ausführung durch Einzeluntersuchungen

harren, und das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ ist bereits frisch entschlossen darangegangen, die Durchführbarkeit von Monopolen in der chemischen Industrie, bei Kraftquellen und Kraftgewinnung, in der Innenschifffahrt, Eisenindustrie usw. untersuchen zu lassen.

Jansson macht darauf aufmerksam, daß die Rücksicht auf Erhaltung der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie uns in Ausnahmefällen sogar zwingen könnte, privaten Kartellmonopolen zuzustimmen und nur daran zu arbeiten, wie wir sie möglichst

### unter gesellschaftliche Kontrolle nehmen

können. Die Zwangsindizierung des Kalibergbaues mit dem ersten staatlich festgelegten Schutzrecht für Arbeiter der Kartellindustrien, die zwangsweise Erhaltung des rheinisch-westfälischen Kohlenstandorts während des Krieges, die Gefährdung eines Kapitals von 800 Millionen Mark durch die gegenwärtigen Zustände in der Zementindustrie, das Verlangen nach einem Zwangskartell auch für die Ziegeleien geben Beispiele dafür, daß selbst privatkapitalistische Monopole von uns nicht unter allen Umständen verworfen werden können. Wir müssen in allen diesen Fragen realpolitisch verfahren, die Interessen der Arbeiter im Auge behalten und aus der gegebenen Lage den bestmöglichen Ertrag für den Proletariat nicht bloß als Konsumenten, sondern auch als Produzenten ziehen, der am Blühen der deutschen Industrie in erster Linie beteiligt ist und an Arbeitsmöglichkeit und anständigem Lohne doch immer noch ein

viel brennenderes Interesse hat als an billigerem Getreide oder an billigerer Kohle.

Es sind teilweise neue Gedankengänge, welche uns die Verfasser dieser Studien führen, aber überraschen können sie den nicht, der die Wirtschaftsentwicklung der letzten 20 Jahre und namentlich die neuen Industriegebiete der Kriegsjahre verfolgt hat. Die Ausbringung eines Steuerbedarfs von ungefähr 8000 Millionen Mark, die nach dem Kriege notwendig sein wird, bedeutet für

### Deutschlands künftige soziale Entwicklung

ein entscheidendes Ereignis. Die Sozialdemokratie und die von ihr vertretene Arbeiterklasse haben ein brennendes Interesse daran, ihren Einfluß bei der Bewältigung dieser ungeheuren Aufgabe so kräftig wie möglich zur Geltung zu bringen.

Die Generalkommission verdient deshalb Dank, daß sie mit dieser Schrift den Weg der praktischen Unternehmung darüber beschritten hat, wie die Arbeiterklasse auf die tatsächliche Gestaltung des neuen gigantischen Steuerwerks praktisch mitzuwirken vermag. Sie möge auf diesem Wege wirklich wissenschaftlicher Erforschung unserer Gegenwartsaufgaben fortschreiten. Die Hauptsache dabei bleibt freilich, daß die Arbeiterklasse Macht behält und sie sich nicht selbst durch die Zerspaltung der Partei zerstört. Zu vernünftigem praktischen Handeln zusammenhalten, ist das wahre Gebot der Stunde.

# Was der Krieg bringt.

## Wilson's Schlappe.

Der Versuch, den Kongreß der Vereinigten Staaten vor den Karren seiner Kriegspolitik zu spannen, ist dem Präsidenten Wilson bisher mißglückt. Und zwar hat es die Obstruktion eines Dutzends von Senatoren bewirkt, daß der Senat nicht zur Abstimmung kam, und daß damit die Amtsbefugnisse dieses Senats abgelaufen ist, ohne daß die jetzt als notwendig ausgegebene Änderung der Geschäftsordnung noch hätte durchgeführt werden können.

So sieht sich Wilson also in der Lage, ohne die formelle Zustimmung des Kongresses seine Kriegsmassnahmen zu treffen oder aber den Zusammentritt des neugewählten Kongresses abzuwarten. Das erstere hätte er vielleicht unternehmen können, bevor er den förmlichen Antrag auf Vollmachterteilung gestellt hatte. Jetzt, da ihm diese Vollmacht nicht erteilt sind, kann er in einem demokratischen Staatswesen kaum ein eigenhändiges Handeln, um so weniger, als die Regierungsjuristen ein altes Gesetz erlassen haben, das den Handelschiffen verbietet, Widerstand gegen Kriegsschiffe befreundeter Nationen zu leisten. Und theoretisch gehört Deutschland trotz Abbruchs der Beziehungen immer noch nicht zu den „feindlichen“ Nationen.

So ist die Lage in Amerika gegenwärtig noch keineswegs klar. Selbst wenn die neue Reiter-Rede zuträfe, daß der aus Demokraten und Republikanern bestehende vereinigte Kongress sich dahin abereingelassen hat, eine Änderung der Geschäftsordnung des Senats in der Richtung zu empfehlen, daß jede Debatte mit Zweidrittelmehrheit geschlossen werden kann. Bis diese Änderung durchgeführt ist, sind noch allerlei Formalitäten zu erledigen.

Jedenfalls darf bei uns kein Zweifel darüber aufkommen, daß trotz der parlamentarischen Schlappe Wilsons die Dinge dazwischen kritisch bleiben. Denn den Handlungen Wilsons liegen ja tiefere Ursachen zugrunde, als die bloßen Motive von Nationalität und Grobheit zu sein. Die in jeder seiner Amtstreden daherkommenden Reden sind nur die Spitze eines Berges, dessen Basis die wirtschaftliche Krise der Vereinigten Staaten bildet. Einer der Hauptredner des Kongresses hat sich allerdings dem Reiterredner des „Zeit Journal“ gegenüber wie folgt darüber ausgesprochen:

Wilson im Jahre 1916 haben wir den Präsidenten für über 10 Millionen Dollar alsbald verurteilt, und wir sind verurteilt worden. Wir haben Millionen geküßt, Getreide, Fleisch, Eier, chemische Produkte, Stahl, Kupfer, Zinn, Eisen, und unsere Pferdehandel mit England und Frankreich haben wir in einem Jahre für eine halbe Milliarde geküßt. Der Kongreß im Jahre 1916 ist nicht gewesen. Der Jahresbericht im Jahre 1916 hat schmerzhafte Geschichte gemacht. Der Kongreß ist in Form von Komitee hat seinen Lohn verweigert. Das ist die Geschichte des Jahres 1916. Wir haben die Geschichte des Jahres 1916 im Jahre 1916 101 u. S. Dividende verteilt. Der erste Bericht der Reiterredner hat sich nicht um den Krieg und die Beziehungen zu Deutschland. Das ist die Geschichte im großen Stil. Die unglückliche Geschichte unserer Nation an die Reiterredner und die primäre Verantwortung auf alle diese unheimlichen Geschichten haben wir nicht nicht mitgeteilt. Unser Papier hat sich nur mit dem Stempel des Siegers. Wir haben uns einen Sieg durch den Handel erzwungen. Die Reiterredner haben im Jahre 1916 einen Sieg für uns bezogen. Der Kongreß hat die amerikanische Republik nicht ohne den Reiterredner, als er sich dem Krieg für die Geschichte hat.

So erklärt die amerikanische Finanzpolitik dem Reiterredner des Kongresses. Was wird ihm nicht nur in Deutschland gemacht. Was wird jedoch in Deutschland gemacht, daß der „Reiterredner“ Wilsons durch die Schlappe der amerikanischen Republikaner

seiner weitergedrängt werden, als dem Friedensapostel selbst lieb sein mag. Daran wird auch die Obstruktion des Senats torpedierend auf die Dauer nichts ändern. —

## Der Seekrieg.

U-Boot-Sperre im Mittelmeer. Im Mittelmeer wurden einer amtlichen Mitteilung des deutschen Admiralsstabes zufolge vorerst acht Dampfer und sieben Segler mit zusammen über 40000 Tonnen; darunter am 19. Februar ein schwerbeladener Transportdampfer von etwa 8000 Tonnen bei Porto d'Anzio, am 21. Februar der norwegische Dampfer „Dorset“ (2760 Tonnen), mit Stückgut von Genoa nach London, am 22. Februar vier italienische Segler mit Getreide und Lebensmitteln nach Italien, am 24. Februar südlich von Crete ein mit 15-Zentimeter-Geschütz bewaffneter, von Fischdampfern eskortierter Transportdampfer von etwa 8000 Tonnen und der griechische Dampfer „Mionis“ (2918 Tonnen), mit Baumaterial nach England, am 26. Februar der bewaffnete englische Dampfer „Dan Heron“ (8538 Tonnen), mit Baumaterial, Tee und Zute nach England, am 27. Februar der bewaffnete englische Dampfer „Seaboard“ (4071 Tonnen), mit Getreide nach England. Ein Kapitän und zwei Wachmänner wurden gefangen genommen.

Verjagt wurde das norwegische Segelschiff „Mabella“. Nachgegeben. Der englische Dampfer „Prince of Wales“ hat wegen des Einbruchs der italienischen Marinebehörden seine Schnellfeuerkanone und Kanoniere über Bord geworfen. Er kehrt dann nach der Westküste zurück, wo er ebenfalls verjagt, nach Rotterdam zu kommen.

Sitzungen des U-Boot-Krieges. In der Woche vom 2. Februar bis 2. März 1917 liefen laut „Neuzeitliche Courant“ im Rotterdamer Hafen nur sieben Schiffe ein gegen 57 in der gleichen Woche des Vorjahres. Für 1914 war die Zahl noch 197 Schiffe. Nach dem „Algemeen Handelsblad“ vom 4. März kamen in derselben Woche in Antwerpen nur 127 Schiffe ein gegen 26 im Jahre 1916.

Was gehört die „Appen“? Nach einer Reitermeldung hat der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten die Entscheidung des Gerichtshofes von Virginia aufrechterhalten, daß die „Appen“ die amerikanische Neutralität verletzen, da sie von einer bewaffneten Freibeiterschaft nach dem Prinzip des „Kaperrecht“ genutzt werden. Dies behält endgültig das britische Obertribunal auf die „Appen“.

Keine Redungen über Verletzungen. „Neuzeitliche Courant“ schreibt: Seit einigen Tagen werden so gut wie keine Schiffe aus England als torpediert gemeldet. Es scheint, als ob Reiter die Redungen nicht mehr vertritt, aber daß die üblichen Lloydmeldungen nicht mehr veröffentlicht werden. Ein der letzten eingetroffenen englischen Post erhalten wir die Nummer von Lloyd's-Telegrammen vom 1. März. Darin ist ersichtlich, daß in der Nummer vom 1. März die übliche Ebersticht von torpedierten über auf keine größeren Schiffe fehlt.

## Französisches Torpedoboot verjagt.

Der französische Marineminister tritt mit: Der Torpedobootzerstörer „Daphn“, der dem Patronenboot im Mittelmeerischen Meer zugeweiht war, ist am 23. Februar um 1 Uhr morgens von einem feindlichen U-Boot torpediert worden. Die Pulverkammer explodierte, worauf das Boot in weniger als 2 Minuten versank. Der Kommandant, 6 weitere Offiziere und 100 Mannschaften und Mannschaften sind umgekommen, 2 Offiziere und 32 Mannschaften sind verwundet.

## Am Ancre-Bach.

General Deming schreibt im „Ancre Courant“ über den deutschen Rückzug am Ancre-Bach: „Unser Rückzug war ein glücklicher, da er den Feind zu beiden Seiten des Ancre. Er war eigentlich nur ein Schritt der Tausende. Schließlich haben die Deutschen sich abgezogen, ehe wir sie abfangen konnten. Sie waren nicht einmal verjagt.“

Früher hatte man bei ähnlicher Gelegenheit sofort die Kavallerie auf den Feind, damit zum mindesten eine Neubildung seiner Truppen verhindert wurde. Auf dem von Granaten durchwühlten Boden unserer Schlachtfelder aber mit seinen tiefen Löchern, seinen Wassergräben, seinen Minen und seinen selbst im geschlossenen Zustand noch gefährlichen Drahtverhauen kann kein Pferd vorwärts kommen.

Und dennoch bleibt der Satz bestehen, daß nur durch die Verfolgung ein Sieg bestätigt wird. Siegreich sein, heißt nicht, ein paar hundert Meter vordringen, ja nicht einmal den Feind zum Zurückgehen zwingen, sondern nur ihn voranzutreiben. Wenn er Zeit findet, eine neue Front zu bilden, muß alles wieder von vorn angefangen werden. Es muß also ein Mittel gefunden werden, um sich ohne Verweilen an die Fersen des Feindes heften zu können und ihn zu einer ungeordneten, überstürzten Flucht zu treiben. Diese Aufgabe kann bei dem Hindernisrennen auf dem modernen Schlachtfeld nur einer Waffe anvertraut werden, die flink und beweglich ist und weder das Sperren noch die Unedelmütigkeit des Bodens zu fürchten hat. Die Luftkavallerie. Wo die Kavallerie verlagert, müssen die Jäger die Verfolgung des Feindes aufnehmen, ihn auf dem Marsch und bei der Neugruppierung bombardieren, den Nachschub in Flammen aufgehen lassen und überall Anordnung und Verwirrung stiften. Nur auf diese Weise wird sich verhindern lassen, daß der Feind neue befestigte Stellungen bezieht, angehängter berer wir ebenfalls vorrücken müssen, bis erst wieder die Luftkavallerie zu demgegenüber schwere Artillerie in Stellung gebracht ist.

Wenn das diesmal nicht geschehen konnte, so liegt das darin, daß das Fliegen noch immer zu sehr als Sport angesehen wird und zuwenig militärisch betrieben wird. Wir brauchen aber nicht nur Erkundungsflieger und Jagdmaschinen, wir brauchen auch Minenwerfer in den Lüften und Kampfflugzeuge, die tätig in die Schlacht eingreifen. Sie sollten ferienmässig in Arbeit gegeben werden. Man sagt, daß die Deutschen jetzt Flieger haben, die es hoch fliegen, daß sie für uns unerschwingbar sind. Mit Bombardierflugzeugen und Flugzeuglanschen haben und die Deutschen bisher noch nicht geschlagen. Aber, wer weiß, ob sie nicht bloß deshalb zurückgehen, weil sie mit irgendeiner die besten Erfindung hervorkommen wollen, die uns dann in unbeschnittener Weise trifft, daß wir den an den Feind verlorenen Besatzung nie wieder einzuholen vermögen. ...!

## Stimmung über die Sperre Wirkung.

Genosse Stauning, sozialdemokratischer dänischer Arbeiter, der als Vertreter der dänischen Partei auf dem skandinavischen Parteitag in Stockholm weilte, hat einem Mitarbeiter des dortigen „Social-Demokraten“ verschiedenes über die Wirkungen der U-Boot-Sperre in Dänemark berichtet.

„Die Krise in Dänemark“, sagte Stauning, „hatte die Unbemittelten schwer belastet. Durch eine scharfe Handelspolitik konnte jedoch eine umfassende Arbeitslosigkeit vermieden werden. Außerdem hat das Ministerium, im Einverständnis mit der aus der radikalen Linken und den Sozialdemokraten bestehenden ursprünglichen Regierungsmehrheit, eine Reihe Lenkungsmaßnahmen durchführen können. Hierdurch wurde den unbedeutendsten Schichten besonders wirksam geholfen.“

Zur U-Boot-Sperre sagte Stauning: „Deutschlands Sperreerklärung kam als eine Vermehrung der Schwierigkeiten, worunter unser Land in der Kriegszeit zu leiden hatte. Das dänische Volk empfing die Erklärung mit Ernst, aber ohne Nervosität. Wir haben uns nach und nach daran gewöhnt, das „Feuer knattern“ zu hören und doch in der Hoffnung zu leben, dem Brande unseres eigenen Landes entgegen zu kommen.“

„Die Sperre stoppte natürlich unsere Schifffahrt, und das kann bei unserem Erwerbseben sehr einschneidend wirken. Die dänische Landwirtschaft, die ein Drittel der Nation beschäftigt, hat nur Lebenskraft, solange die Futtermittelleinfuhr und die Ausfuhr von Speck, Butter, Fleisch und Eiern ihren gewohnten Gang gehen kann. Wir müssen ebenfalls Kohle, Öl und Petroleum haben, um unsere Gas- und Elektrizitätswerke und die Industrie im Gange halten zu können. Es sind also drohende Aussichten, vor denen unser Land steht. Aber es wird selbstverständlich, daran gearbeitet, um bei den entscheidenden Verhandlungen für unsere Interessen zu erwachen. Uebrigens ist zu hoffen, daß bald wieder normale Verhältnisse eintreten werden bei der Aufhebung der Sperre.“

## Schorlemer und Michaelis.

### Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus

76. Sitzung

Berlin, 7. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Von Schorlemer.  
Die zweite Lesung des

#### Landwirtschaftssetzes

wird fortgesetzt.

Abg. von Kardoff (freil.): Die Regelung der Ernährungsfragen hat bei uns einen höchst unerfreulichen Verlauf genommen. Die Schwierigkeiten sind aber nicht in dem Mangel an Lebensmitteln begründet, vielmehr auf dem Mangel an Brot und auf eine zu geringe Stückzahl an Getreide zurückzuführen. Ohne Höchstpreise und Kriegsorganismen hätten wir nicht durchhalten können, aber es gibt auch ein Zubehör an Organisationen. (Zustimmung.) Das zeigte sich besonders bei der Kartoffel. Man mußte sogar das Saatgut angreifen, und die Folge war eine schlechte Kartoffelernte im nächsten Jahre. Leider hat man aus den Misständen nichts gelernt. Man erhöhe den Kartoffelpreis von 4 Mark auf 8 Mark und das Unmögliche wird möglich. (Hört, hört! links.) Der Fehler liegt im System der Zwangsverordnungen. Man kann das Wirtschaftsleben nicht jahrelang auf der Selbstlosigkeit aufbauen. In jedem Menschen steckt ein Stück Egoismus. Die Arbeiter würden gern hohe Preise zahlen, wenn sie jetzt etwas hätten. Der Bauer mit der Konjunktur hat heute schon jede Beschreibung. Das Gutachten der Kommission läßt bereits auf eine gewisse Einsicht schließen und auf Milderung hoffen. Bei erhöhten Butterpreisen wird man auch Butter haben. Die Herabsetzung der Viehpreise bedauern wir. Die Milch ist auch heute noch zu billig. Das Anziehen der Güterpreise ist kein Verbot für die gute Lage der Landwirtschaft. Der Abg. Scheidemann hat von der Landwirtschaft gar keine Ahnung. Die Befolgung seiner Politik würde nicht einmal die Erreichung seiner Kriegsziele ermöglichen. Dann wäre es mit dem: „Jeder trage seine eigene Last!“ zu Ende. Dann müßten wir selbst die Last der andern tragen und dann wäre Scheidemann der Lotengraber deutscher Macht und Würde. (Zurufe links.) Wir vertreten die Interessen der Arbeiter besser, auch wir wissen, daß ohne den deutschen Arbeiter der Krieg nicht zu gewinnen ist. Wir arbeiten mit unserer Ernährungspolitik für ihn. Sie (nach links) geben ihm nur Versprechungen. Unsere Politik würde ihm Lebensmittel verschaffen. Hoffentlich werden jetzt die Widerstände, die der Landwirtschaftsminister — es ist ja bekannt — beim Reichsamt des Innern und beim Kriegsernährungsamt gefunden hat, beseitigt. (Beifall rechts.) Möge sich der neuernannte Staatskommissar in allen Fällen des sachverständigen Rates der landwirtschaftlichen Verwaltung bedienen. (Beifall rechts.) Es handelt sich hier um die ganze deutsche Zukunft. (Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister Schr. v. Schorlemer: Ich danke dem Redner für das meiner Amtsführung ausgesprochene Vertrauen und benutze diese Gelegenheit, um die gegen mein Ressort und gegen meine Person gerichteten Vorwürfe zurückzuweisen. Sie geben ein falsches Bild nicht nur von der Tätigkeit meines Ministeriums, sondern auch von der Tätigkeit der preussischen Landwirtschaft im Kriege überhaupt. Diese Vorwürfe sind nicht nur bedauerlich, sondern geradezu verhängnisvoll. (Sehr richtig!) Die Angriffe übersehen vollständig, wie weit sich der Einfluß des preussischen Landwirtschaftsministeriums gegenwärtig noch

erstreckt. Die zahlreichen Kriegsorganisationen haben den Einfluß des preussischen Landwirtschaftsministeriums nicht nur auf dem Gebiet der Volksernährung, sondern auch auf dem der Erzeugung in weitestem Maße abgeschwächt. (Lebhaft, hört, hört! rechts.) Die Dinge sind schon so weit gediehen, daß mir der nötige Überblick über unsere gesamte wirtschaftliche Lage und die Prüfung der Frage, wie weit die Erzeugung auf die Bedürfnisse der Konsumenten einzustellen ist, geradezu unmöglich gemacht ist. (Sturm, hört, hört! rechts.) Angesichts dieses Zustandes soll ich nun der Vertreter sein, der das Reichsamt des Innern, das Kriegsernährungsamt und die verschiedenen Reichsstellen an Maßnahmen gehindert hat, die im Interesse der Verbraucher sich als notwendig ergeben haben. Das ist keineswegs der Fall. So bin ich z. B. nicht einmal gefragt worden, als im Regierungsbezirk Trier für die Kartoffeln der Anbauzwang eingeführt wurde. (Hört, hört! rechts u. i. Ztr.) Ich habe den Regierungspräsidenten in Trier erst nach der Richtigkeit der Zeitungsnachricht fragen müssen, und auf Grund welcher Bestimmungen eine solche Verordnung erlassen ist. (Zurufe i. Ztr.: Die Nachricht stimmt!) Auf die Angriffe des Abgeordneten Scheidemann im Reichstag hat der Reichszentralrat zu meiner Verteidigung sofort geantwortet. Zum Glück ist ja gegenwärtig der Deutsche Reichstag noch nicht in der Lage, preussische Staatsminister zu berufen oder abzusetzen. (Hört, u. i. Ztr. sehr gut! rechts u. i. Ztr.) Ich kann dem Abgeordneten Scheidemann von dieser Stelle aus versichern, daß ich auf meinem Platze ausharren werde (Sturm, Weif. rechts u. i. Ztr.), nicht solange es mir beliebt, sondern solange mir der Wille meines Königs und das Vertrauen der Landwirtschaft das Verbleiben ermöglichen. (Erneuter Beifall.)

Einen Beweis für den weitgehenden Einfluß und die engen Beziehungen zwischen dem preussischen Landwirtschaftsministerium und den leitenden Stellen im Reiche bildet die

Eingabe der Gewerkschaften an den Reichszentralrat und das Kriegsernährungsamt. Am 23. Februar ist sie in die Hände der Adressaten gelangt. Ich habe von dieser Eingabe gestern durch die Nummer des „Vorwärts“ vom 4. März Kenntnis erhalten. (Sturm, hört, hört! rechts u. i. Ztr. Bewegung.) Ich würdige die schwere und schwierige Lage der Großstadtbewohner und vor allem der industriellen Arbeiter. Ich habe auch immer die Interessen der Verbraucher und den Gesichtspunkt im Auge, wie ihre Lage gebessert und wie ihnen mehr und dauernd Nahrungsmittel und Lebensmittel zugeführt werden können. (Zustimmung, rechts u. i. Ztr.) Aber ich halte es nicht für gerechtfertigt, daß sich diese Klagen an einer Anklage gegen mein Ressort und meine Person und die Landwirte verhängen. Die Eingabe verkennt ganz die eigentlichen Gründe, weshalb wir in diese schwierige Lage geraten sind: die Schwierigkeiten, unter denen die landwirtschaftlichen Erzeuger arbeiten und die Wirkungen des teilsweise gelungenen Ausfuhrplans Englands und seiner Verbündeten. Auf diese Ursachen unserer gegenwärtigen Lage hätten die Gewerkschaften hinweisen und Abstand nehmen müssen, die Landwirtschaft zu verächtigen. (Lebhaft Zustimmung rechts und im Zentrum.)

Die Eingabe spricht u. a. von einer Einschränkung der Anbaufläche für Kartoffeln und von einer schlechten Bewirtschaftung. Diese Darstellung ist ungetrübt durch jede Sachkenntnis. Die Unzulänglichkeiten im Kriege. Wenn die Bewirtschaftung schlechter ist, so ist das darauf zurückzuführen, daß die Landwirte zum großen Teil im Schützengraben stehen und daß die Frau daheim mit Gefangenen den Acker bestellen muß. Die in der Eingabe geforderte Bestandsaufnahme ist bereits für den 1. März seit Wochen ange-

ordnet. Ebenso besteht ein vollständiges Verfüterungsverbot für Kartoffeln seit dem 24. Oktober 1916. Ich bedauere es tief, daß die Gewerkschaften und vor allem die christlichen Gewerkschaften sich dazu haben veranlassen lassen, ein solches Machtwort (lebhaft Zustimmung rechts) zu unterzeichnen, das eine Besserung der Zustände nicht erreichen kann und verberend in der Stimmung zwischen Stadt und Land. (Lebhaft Zustimmung rechts.) Ich bin auch nicht in der Lage, den Städten zu verbieten, mit den Kriegsorganisationen Verträge abzuschließen, wie es in der Eingabe behauptet worden ist, und habe es auch nie getan. Ich bin wie städtischen Wünschen und Ansprüchen gegenüber feindselig aufgetreten. Meine Bestrebungen gehen nach Möglichkeit dahin, die direkte Lieferung des Landes an die Städte durch Lieferungsverträge zu ermöglichen. Wenn bei Domänenverpachtungen höhere Erträge erzielt wurden, so ist das darauf zurückzuführen, daß es sich um Verpachtungen handelt, die noch aus der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs der Landwirtschaft herrühren.

Der Abg. Braun hat gestern auf die Kassenkammer das Wort des Generalleutnants Gröner von den Vaterlandsverbändlern angewendet, es ist aber erwiesen, daß bei den bisherigen Kassenpreisen ein lohnender Ertrag nicht zu erzielen war. Für die geringe Produktion kann man nur den lieben Herrgott verantwortlich machen. Ich bedauere es außerordentlich, daß Professor Elsbacher, ein Mann, der bisher an der Spitze der Handelshochschule in Berlin gestanden hat, sich nicht erblödet, in der Weise, wie er es getan hat, einen preussischen Minister anzugreifen. (Sturm rechts: Unschönte! Zurufe Abg. Hoffmanns (Soz. Arb.-G.): Moesbüchlein!) Ich habe übrigens nur meine Bedenken gegen eine Herabsetzung der Viehpreise geltend gemacht, weil durch sie die Mägen weiter verringert würde. Die auf den Markt kommende geringere Menge und schlechtere Qualität des Fleisches würde nur den Weggern genügend Handhabe bieten, sich einer Herabsetzung der Fleischpreise, die etwa 100 Prozent höher sind als die Viehpreise, zu widersetzen. Wie kann da ein Professor die Stirn heben, zu behaupten, daß ich mich lediglich vom Messortparochialismus leiten lasse. Die Preise für die wichtigsten Lebensmittel sind im Ausland höher als im Inlande. Die Viehpreise sind keineswegs so gering, daß sie die Ernährung der Bevölkerung in Frage stellen könnten, wenn hinreichendes Brot vorhanden ist. Bei den Kartoffeln beträgt die Preissteigerung nur 16 Prozent. Sie hätte bei der schlechten Ernte mindestens 100 Prozent betragen müssen. Hoffentlich wird die jetzt auch vom Kriegsernährungsamt erwogene Erhöhung der Kartoffelpreise ausreichen, um das Verfütern zu verhindern. Ich bitte die Vertreter der städtischen und Arbeitervereine ebenso wie die Vertreter ländlicher Erzeugnisse in dieser entscheidenden Stunde nicht immer das Trennende, sondern vor allem das Verbindende, was uns eint. (Sehr wahr! rechts.) Esam muß uns der Wille zum Durchhalten trotz aller Einbehrungen (Zurufe links: Zu höheren Preisen! Zurufe rechts, das unbedingte Vertrauen auf unsere oberste Heeresleitung und die Hoffnung, daß es uns mittels der U-Boote gelingen wird, England auf die Knie zu zwingen. (Lebhafter Beifall.)

Staatskommissar für die Ernährungsfragen, Unterstaatssekretär Michaelis: Unsere Sorge um die Ernährung ist nicht nur auf die Witterungsverhältnisse und die dadurch herbeigeführte schlechte Belieferung hervorgerufen, sondern sie richtet sich auf das ganze Jahr. Die Bestandsaufnahme vom 15. Januar wird nicht das Ergebnis haben, wie viele hofften. Beim Brotgetreide ist man vielfach der Meinung, es sei 2 Jahre leidlich gut gegangen und werde darum auch im dritten Jahre wieder gut gehen. Die

### Eine Handvoll Erde.

Roman von Clara Viebig.

(34. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

Aber der Doktor sagte ihr ins Gesicht: „Ich bin keine alte Jungfer!“ Das war beleidigend; obgleich sich Julie Zimmer noch durchaus als „jung“ rechnete, nahm sie das doch für eine Anzüglichkeit. Nein, sie würde nicht lange mehr hier bleiben, der Frühling, der andern Leuten Hoffnungen entregte, ihr nahm er sie. Wenn man doch wenigstens jemand hätte, um sich auszupressen! Der Regierungsrat hatte längst von einem Telefon gesprochen, aber der Doktor wollte davon nichts wissen. „Telephon? Ich brauche keine.“

Er war wieder einmal recht unliebenswürdig. Doch als er Tränen in den Augen seiner Hausdame aufsteigen sah, sagte er milder und hielt ihr die Hand hin: „Wozu Telephon? Ich bin ja mit Ihnen völlig versorgt!“ Da war sie denn wieder ganz hingerissen von ihm: nein, und wenn sie es denn auch nicht zur Frau Doktor brachte, nie, nie ging sie von ihm!

In der schönen Jahreszeit kam der Regierungsrat jetzt öfters zum Besuch. Das wunderte Fräulein Zimmer: Regierungsrats hatten doch sonst immer so viel vor. Sie sah ihn ja auch noch viel vorzukommen, er kam immer allein, brachte nur zuweilen die Kinder mit. Und wenn die dann in der gedankenlosen Fröhlichkeit der Kinder durch den Garten tobten, dann sah er ihnen still nach. Er sahien gedrückt, verstimmt: was mochte ihm fehlen?

„Gilda reist nach Baden-Baden,“ sagte der Regierungsrat an einem Sonntag, als er schon zum Mittagessen heraufgekommen war. „Leberrnorgen.“

Das kam ganz unerwartet. Fräulein Zimmer machte große Augen. Wie kam das so plötzlich? Und sie ging allein? Leider fragte der Doktor nicht. Er fandte nur einen rötlichen Blick aus seinen grauen Augen hin zu dem Sohne, der mit einer Miene, in der eine heimliche Traurigkeit sich barg, am Tische saß.

Erst als die beiden Herren allein waren — sie wünschten sich gesegnete Mahlzeit — hielt der alte Mann die Hand des jungen mit einem festeren Druck als sonst. „Mein Sohn,“ sagte Girsborn und klopfte auf die Hand, die er

noch immer in der seinen hielt, „laß Gilda sich amüsieren. Du hast viel zu tun in Deinem Amt, sie ist jung und hübsch — sie ist nicht ausgefüllt.“

„Aber sie hat doch die Kinder!“ In einem heftigen Unwillen, fast in einer Erbitterung, zog sich die Stirn des jungen Mannes zusammen.

„Die Kinder?“ Der Vater nickte. „Du sagst: die Kinder. Können denn Kinder ganz ausfüllen, wenn eine große Leere da ist? Ich vermisse Deine Mutter noch alle Tage — jede Stunde, jede Minute!“

Der Sohn sah den schmerzlichen Ausdruck in des alten Mannes Gesicht. Merkwürdig, heute fühlte er sich dem Vater um so vieles näher! Jetzt, wo er sich gleichsam verlassen vorkam von seiner Frau, die eine vergnügte Saison in Baden-Baden dem Zusammensein mit ihm vorzog, verstand er auf einmal, was es bedeutet, wenn einem eine geliebte Frau für immer gegangen ist. Und zugleich kam es wie Beschämung über ihn, er hatte das Gefühl: du hättest versuchen müssen, dem Vater mehr, viel mehr zu sein. Du bist auch seinem Schmerz nicht immer gerecht geworden. Gälte der Vater sich wohl hierher zurückgezogen, wenn diese äußere Einsamkeit nicht viel geringer wäre als seine innere?

Und war sie denn nicht auch wohlwend diese Stille hier, dieser Friede? „Ich möchte mich auch draußen wo anbauen,“ sagte der Regierungsrat, als sie jetzt durch den Garten schlenderten. Die alten Kiefern hatten heute nichts Einförmiges und nichts Düstres. Sie waren von einem milden Ernst wie Greise, die niederlächeln auf fröhliche Jugend. Der Rasen unter den Bäumen leuchtete vom Gold und Vio und Weiß der Krokus. Bienen umsummten sie und krochen hinein in das zarte Gaus der Blume. Ein feiner Wohlgeruch stieg auf.

Wilhelm Girsborn atmete tief und schlenderte den Rest der Zigarette über den Zaun. „Ich will die gute Luft nicht verderben. Sie ist köstlich. Ich möchte mich wirklich draußen anbauen, Vater — ohne Epoh!“

„Laß es noch bleiben!“ Girsborn lächelte. „Ich habe ja auch einmal gedacht — früher, viel früher — als wir über Lempelsofer Feld gingen, Deine Mutter und ich, und sahen, wie die Stadt das Land auftraf: das Stadttor ist nur ein Durchgang, die danach kommen, werden zur Scholle

zurückkehren — wenn unsere Kinder viellecht auch noch nicht, so doch deren Kinder und Kindeskinde — das glaube ich jetzt längst nicht mehr. Wen die Stadt geboren hat, der laugt nicht für draußen. Man müßte denn alt sein, selber so sein, wie ein Adertwinkler, der froh ist, wenn er nur sein bißchen Sonne bekommt und sein bißchen Regen. Wer eignet sich sonst dafür? Ich möchte es wirklich nicht. Du jedenfalls nicht, Wilhelm — noch nicht. Deine Frau wird in einigen Wochen zurückkommen, sie wird sich amüsiert haben, Dir dankbar sein, daß Du sie hast reifen lassen, sie wird sehr nett und liebenswürdig sein, und Du wirst Dich wieder ihrer freuen. Maube mir, mein Sohn“ — der Regierungsrat hatte etwas entgegenn wollen, der Vater legte ihm die Hand auf die Schulter — „mit Deinem Gemütsziehen hat's noch gute Wege!“

Wie nett der Vater war, viel milder und liebenswürdig! Und früher war er oft so schroff gewesen! Der Sohn, der zur Stadt zurückkehrte, fireckte noch einmal den Kopf zum Fenster hinaus und winkte mit der Hand. Da stand der alte Herr, trotz seiner weißen Haare, noch jugendlich aufrecht. Er hatte sich hier draußen wirklich schon sehr erholt, und vor allem war er so viel unangenehmer geworden! Wilhelm Girsborn nahm sich vor, der Schwester nach Magdeburg zu schreiben: sie mußte nun auch bald einmal herkommen, sie hatte den Vater ja noch gar nicht hier besucht.

Nach war es nicht ganz ein Jahr, daß Girsborn draußen wohnte. Er fühlte es selber, es hatte ihm gutgetan. Ein Stillesein war über ihn gekommen. Das Ausgehen in der Natur, das Anteilnehmen an jedem Blatt, an jeder Blüte, das hatte etwas so Sänftigendes. Seine Nächte waren ruhevoll, er schlief traumlos, erquickend.

Auch Herr Reichle schlief ausgeglichen. „Reichte,“ sagte er zu seiner Mine, „wenn ich mich draußen so abgetanert habe denn schlaf ich wie 'n Bar.“ Das „Abgetanert“ bestand darin, daß er gleich nach dem Mittagessen hinausfuhr, ein gründliches Schlüsschen hielt in der Laube und die übrige Zeit wie eine Eidechse sich unter dem Dach der Sandwebe klangelnd sonnte.

(Fortsetzung folgt.)





Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Obernstedt, 8. März. (Kriegskinder) möchten manche Hauswirte aus ihren Wohnungen verbannen. Es ist auch hier vorgekommen, daß ein Hauswirt das Kind einer Kriegsfamilie, das bei befreundeten Leuten in Pflege gegeben werden mußte, weil die Frau der Arbeit nachzugehen hatte, in seinem Hause nicht dulden wollte und deshalb den Leuten die Wohnung kündigte. Wir wollen erst gar nicht Vergleichs ziehen zwischen dem Verhalten solcher Hauswirte und dem unserer Landesverteidiger, die da draußen aller Gefahr, allen Weiden trotzen, um den Feinden den Zugang zu der Heimat zu verwehren. Aber wir müssen ansprechen, daß ein solches Verhalten jeder sozialen Bestimmung bar ist und an den Pranger gestellt werden mußte. Das mögen alle die Beherrigten, die es angeht.

Wahlkreis Osterleben-Halberstadt-Bernigerode.

Halberstadt, 8. März. Die Ausgabe der Butterkarten erfolgt am Donnerstag und Freitag in der bisherigen Weise und gegen Vorlage des Lebensmittelmarkens.

(100 000 Mark) hat die Familie Hirsch (Hirsch-Kupfer- und Messingwerke) der Stadt für Kriegswohlthatzwecke überwiehen.

(Kartoffelverkaufsauflage.) Noch immer ist eine Anzahl von Bekandanzetigen beim Lebensmittelamt nicht eingegangen. Die Wohnungen werden aufgegeben, dies sofort nachzuholen, andernfalls eine Strafverfügung gegen sie erlassen wird.

(Kurz nach der Kundenliste verkaufen.) Der Magistrat weist darauf hin, daß jeder Fleischer Fleisch und Fleischwaren nur an diejenigen Personen abgeben darf, die in seinem Kundenverzeichnis eingetragen sind. In Zukunft wird gegen jeden Fleischer, der hingegen verfährt, ein Strafverfahren eingeleitet und die Schließung des Geschäfts wegen Unzuverlässigkeit vorgenommen, namentlich, wenn er andere als festgesetzte Stunden verkauft wird.

(Ablieferung von Lebensmittelmarken.) Nach einer Bekanntmachung des Magistrats sind die Kaufleute verpflichtet, die eingenommenen Lebensmittelmarken für Ändeln, Erhöhen, Ersetzen, Falschmachen, Nachschneiden, Nachschneiden und Zerschneiden in einem Umschlag, mit Namen und Menge bezeichnet, zu 100 gebündelt, im Einkaufsbureau, Heinrich-Julius-Strasse, nachmittags von 3 1/2 bis 5 1/2 Uhr abzuliefern. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Verkäufe frühestens vor der festgesetzten Zeit beginnen dürfen. Etwas unzureichende Unregelmäßigkeiten werden vom Magistrat strengstens verfolgt und kann die Schließung des Geschäfts oder Entziehung der künftigen Waren nach sich ziehen.

(Zeitungssträgerin gesucht.) Für einen Bezirk in der Oberstadt kann sich im Gewerkschaftshaus, Gerberstraße 15, eine Frau zum Austragen der „Volkstimme“ melden.

(Der künftige Verkauf) getragener Kleidungs-, Wäsche- und Schuhwaren wird am Montag in dem Laden Breite Weg 28 eröffnet. Der Verkauf erfolgt von 9 bis 12 und 3 bis 5 Uhr. Sonntags von 11 bis 1 Uhr. Ein großes Lager verkaufsfähiger Waren ist zusammengekommen. Die Sachen sind sämtlich designt und, soweit dies erforderlich war, in den künftigen Arbeitsstätten sauber und zweckdienlich instand gesetzt worden. Durch wachsender ist es möglich, die Sachen imprek preiswert zum Verkauf zu stellen. Die Preise sind jetzt. Der Verkauf ist bezugsfähig. Begünstigten, die im Bekleidungsamt Zwangs, ausgestellt werden, sind daher wie beim Verkauf neuer Waren vorzugehen.

(Bezugschein) auf Brot, Bier, Strid- und Eiernwaren werden zur Gewährung von bezugsfähigen Unregelmäßigkeiten von jetzt an nur noch gegen Vorlegung des Nahrungsmittel-

Bezugscheins entgegengenommen. Kindern unter 14 Jahren ist der Zutritt zu den Verkaufsstellen des Lebensmittelamts verboten. Anträge auf Auslieferung werden mit Rücksicht auf den Mangel an Kohlen in Zukunft einer ganz besondern Prüfung unterzogen werden.

(Wangenehmigungen) sind im Februar im ganzen 3 erteilt und zwar für Anbauten in der Altstadt.

(Handel mit Seife.) Nach einer Bekanntmachung des Magistrats hat jeder, der Seife im Kleinhandel vertreibt, alle vorhandenen Bestände am 1. eines jeden Monats in ein Lagerbuch einzutragen. Dazu gehört auch jede im Laufe des Monats hinzuerhaltene Menge. Die bei der Abgabe von Seife erhaltenen Abschnitte der Seifenkarte sind sorgfältig aufzubewahren und an jedem Montag dem Lebensmittelamt abzuliefern.

Kroppenstedt, 8. März. (In der letzten Stadtverordneten-Sitzung) wurde die Vervollständigung der städtischen Feuerordnung beschlossen. Danach sollen vom 1. April an die bisher der städtischen Steuer nicht unterliegenden Hofhunde ebenfalls steuerpflichtig sein. Die Steuer soll betragen für den ersten Hund 5 Mark - wie bisher - für den zweiten Hund 15 Mark für jeden weiteren Hund 25 Mark. Der Schulhanshaltungsplan für das Rechnungsjahr 1916 wurde auf Anregung der Regierung aufs Rechnungsjahr 1917 ausgedehnt.

Wahlkreis Salze-Osterleben.

Barby, 8. März. (Das Feuer im Lehrseminar.) von dem wir bereits berichteten, war am Mittwochabend noch nicht völlig gelöscht. Die Gefahr einer Weiterverbreitung bestand aber zu der Zeit nicht mehr, so daß das Hauptgebäude erhalten bleibt. Durch den Brand ist der wegen seiner herrlichen Inneneinrichtung wertvollste Teil des alten Herzogschlosses, in dem das Lehrseminar untergebracht ist, vernichtet worden. Das Feuer ist anscheinend durch die Heizungsanlage, und zwar im Räume der 2. Orgel entstanden. Das Feuer konnte infolge der Kälte nicht schnell genug bekämpft werden und hat sich in dem holzreichen Bauwerk rasch verbreitet. Wertvolle Inneneinrichtungen hatten vor allem der Festsaal des Seminars, der sogenannte „Rote Saal“, mit seinem prächtigen Stuck und dem in einer Deckenrose befindlichen Gemälde von Ant. Pesce, Apollo und die neun Muses“ darstellend. Ferner der Ritteraal mit der braunen eichen Wandbemalung und der äußerst kunstvoll und reich geschmückten Kuppelkammer. Auch die ehemalige Schlosskapelle ist ein Opfer der Flammen geworden. In letzter Zeit befanden sich in diesem Flügel zwei Orgeln, mehrere Klaviers und die umfangreiche Bibliothek, die glücklicherweise gerettet werden konnte.

Ueber das Schloß eintreffen wir dem Magdeburger Central-Kurier folgende geschichtliche Angaben: Das Schloß des Grafen von Barby zu Barby des Herzog Heinrich von Beisenfels in der Zeit von 1687 bis 1715 errichtet ließ, wurde von dem italienischen Architekten Antonio Ferrone mit wertvollen Stuckarbeiten und dem bekannten Maler Simone mit feineren Decken- und Wandgemälden geschmückt. Der prächtige Flügel wurde schon einmal im Jahre 1739 von einer verheerenden Feuersbrunst heimgesucht. 1768 bis 1808 hatte die Herrschaft der Burgemeinde das Schloß in Pacht genommen; Kaiserinmutter besuchte in dieser Zeit das Seminar im Vorber Schloss. 1813 wurde im Parksaal ein Typhuslazarett des Magdeburger Belegungsstifts eingerichtet. Dann wurde das Schloß als Kavalierskasernenkomplex aber ließ die Mitte des Besitzers, des Kammerherrn Friedrichs Tische, das Schloß wiederherstellen. 1855 wurde dann das Lehrseminar von Magdeburg nach hier verlegt.

Stahlfurt, 8. März. (Kriegsküche.) Eine bedenkliche Erkrankung in die gegenwärtige Nacht Quarantäne der Kriegsküche, bedenklich insofern, als dadurch der Mangel an Lebensmittel, insbesondere an Kartoffeln, vermehrt wird. Sie verabsolgt jetzt täglich mehr als 700 Liter Essen, und es ist nicht mehr möglich,

die Speisemengen zu gleicher Zeit auszugeben. Die Verwaltung der Küche hat daher die Einrichtung getroffen, daß diese Marken nur noch Montags und Dienstags im „Salzgraben“ in der Städtischen Straße nach folgender Ordnung ausgeschrieben werden: Montags von 10 bis 12 Uhr die Nummern 1-250, von 4 bis 6 Uhr 251-350; Dienstags von 10 bis 12 Uhr 351-450, von 4 bis 6 Uhr 451-550. So mit sind die Marken immer für 1 Woche im voraus zu lösen. Zur Gleichverteilung können alle diejenigen von Nummer 1-550, die bis zum 13. März noch keine Marken haben, am darauffolgenden Donnerstag vor- wie nachmittags ihre Marken im „Salzgraben“ in Empfang nehmen. In jedem Montag sind die Fettmarken abzugeben, und zwar für 2-3 Liter Essen 1 Mark, für 4-5 Liter 2 Mark, für 6-7 Liter 3 Mark usw.

(Ein Kinderhort) In der Schulfelder der Johanniskirche (tritt am 15. März in den Räumen des Stahlfurter Jugendheims, Schloßstraße 14, ins Leben, der die Schulfelder dieser Gemeinde, deren Eltern durch Arbeit an der künftigen Pflege und Beaufsichtigung der Kinder verhindert sind, an den Wochenenden von 2 bis 6 Uhr aufnimmt. Den Kindern wird dort Hilfe und Ueberwachung bei den Schularbeiten gewährt und in der künftigen Zeit werden sie durch Spiele, Spaziergänge, Handarbeiten u. dgl. beschäftigt und unterhalten. Anmeldungen sind im Kinderhort oder bei Herrn Rektor Föhse in der Schule zu bewirken. Kosten entstehen nicht.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 8. März. (Ein neuer Bodenfall.) In einem von vielen Parteien bewohnten Hause auf dem Schiedswachen wurde ein neuer Bodenfall festgestellt. Wie sich ergab, waren die Boden von einem hier zu Besuch weilenden Arbeiter übertragene worden. Alle Vorkehrungsmaßnahmen sind sofort angeordnet worden. Um einer weiteren Ausbreitung der Seuche entgegenzuwirken, hat man sich zu einem weiteren Schritte entschlossen. Es sind sämtliche Kinovorstellungen, Kongressveranstaltungen, Versammlungen und Theateraufführungen bis auf weiteres verboten. Bisher sind im ganzen acht Fälle von Pocken im Stadtkreis Stendal festgestellt; davon sind zwei Personen als gesund entlassen, eine Person ist gestorben und fünf Personen sind noch im Krankenhaus, die aber ihrer Genesung entgegengehen.

(Ueberziehung der Fleischhöchste.) Der Händler B., von hier, der aus heimischen Schlachttieren Hammensfleisch über den Höchstpreis veräußert, ist zu 300 Mark Geldstrafe und die Ehefrau U., die fortgesetzt Fleisch ohne Fleischkarte bezog, zu 90 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Tangermünde, 8. März. (Sozialdemokratischer Verein.) Am Sonntag findet abends 6 Uhr im Lokal „Stadt Magdeburg“ eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Stellungnahme zur Parteispaltung und Bericht von der Kreisversammlung. 2. Vereinsangelegenheiten. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erbeten.

Wahlkreis Salzwedel-Berthelehen.

Salzwedel, 8. März. (Sozialdemokratischer Verein.) Eine Mitgliederversammlung findet am 10. März abends 8 Uhr im Lokal des Herrn Köller, Mittelstraße, statt. Die Tagesordnung lautet: Vortrag über: Das Wohlstandsgesetz. Referent: Arbeitersekretär Brandenburg; Vereinsangelegenheiten. In der letzten Versammlung konnte der Referent wegen harter Zugverletzung nicht erscheinen, so daß die Versammlung ausfallen mußte. Die zum Sonnabend anberaumte Versammlung findet bestimmt statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird erwartet. - Von abends 7 Uhr an findet im Versammlungsorta kostenlose Aushunftverteilung des Arbeitersekretärs Brandenburg statt. Anzustehende wollen sich vor der Versammlung einfinden.

Passende Geschenke für Konfirmationen. Schirme, Stöcke, Damentaschen, Geldbörsen. Damen-Taschen spottbillig 3576. Schirmfabrik Fichtner, Breiteweg, gegenüber „Magdeb. Ztg.“

Franz Schulze, ohne Fleischmarken, Poularden und Hähnchen. Einzelverkauf von Straußenbesen. Fr. Zander, Bürstenfabrik, Breitenweg 181. - Tischlerstraße 29. Ueberer Straße 183.

Zigaretten an Fabrikpreisen an Private. Bonitas. in allen Preislagen vorrätig wie überall das Lager. Abgabestelle in Berlin Torweg. Große Mühlstraße 18, Magdeburg.

Konsumverein Aschersleben u. Umg. Ordentliche Generalversammlung am Sonntag den 11. März 1917, nachmittags 3 Uhr, findet in Aschersleben im Prinz von Preußen, Theater 50, statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die ersten 6 Monate des 15. Geschäftsjahrs. 2. Festlegung des Rechnungsjahrs bis zu welchen Sparmaßnahmen angestimmt werden dürfen. (S. 50 und 51 des Statuts.) 3. Beschlußfassung über die Ausgabe von Hausbesitzscheinen. 4. Sonstige. Die Mitglieder sowie die Frauen derselben sind zu der Generalversammlung herzlich eingeladen. Kinder haben freien Zutritt. Der Aufsichtsrat, J. A. Mey-Blage, Vorsitzender.

Konsumverein für Magdeburg u. Umg. Eintragsfreie Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Sonnabend den 17. März, abends 8 Uhr, im großen Saale der „Harmonie“, Peterstraße 1. Ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Erstattung des Geschäftsberichts. 2. Rechnungsbericht des Aufsichtsrats. 3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Bestandes. 4. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns. Der Zutritt zur Generalversammlung ist nur gegen Vorlegung des Mitgliedscheins gestattet. Der Aufsichtsrat des Konsumvereins für Magdeburg und Umgegend, Ertragsfreie Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Ernst Rürken, Vorsitzender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Sonntag den 11. März, nachmittags 3 Uhr, in der „Reichshalle“, Kaiserstraße. Außerordentliche Versammlung aller Bezirke. Tagesordnung: 1. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband in der Kriegszeit. 2. Bericht über unsere Eingabe an den Herrn Reichsregierungspräsidenten wegen Zusatzbeschlüssen. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sollte kein Ausfall fehlen. Nach der Tagesordnung sind frühzeitig einzutreffen. Die Verwaltung.

Schmierwafdsmittel! Wartensfrei! Bleicht, schäumt und reinigt tablettlos. Kein Don. Wieder frisch eingetroffen. M. Steiner, Kaiserstr. 13, Fernsprecher 4931.

!!Schuhwaren!! für Herren, Damen und Kinder. Schwarz und braun, Leder, Halbschwarz, Kameelhaar, hell und dunkel, hoch u. hell, große Auswahl, billig zu verkaufen. 8416. W. Lucke, Altes Brücktor 2.

Trauer-Hüte, Kleider, Blusen, Röcke, Handschuhe, Schleier, Krepps, Schürzen usw. in allen Preislagen und größter Auswahl. Schnellste Anfertigung von Trauerkleidern. Lange & Münzer, Breiteweg 51, 51a, 52.

Hochtragende Ziegenhaar, billiger zu verkaufen. W. Hiller, Holmstedter Str. 22. Mandolinen, Gitarren, Zithern, Violinen, Mund- u. Handharmonikas verkauft preiswert. 1.200 an einz. alt. Franzosen verkauft. R. Reimann, Tischlerkrugstr. 16.

Ernst Hirsch, am 26. Februar durch Kopfschlag im blühenden Alter von 22 Jahren ein Opfer des furchtbaren Weltkriegs geworden ist. Dies zeigen in tiefster Scherzge an. Beerdigung, den 8. März 1917. Ernst Hirsch nebst Frau und Geschwister. Elise Hirsch als trauernde Braut. Familie Hirsch. Hermann Schüler als Schwager (jungst auf See) nebst Familie Schüler. Frau von uns in freudiger Erde. Ich bin aus all der Fein, und mit tiefster Liebe. Hast du uns hier ganz allein. Ein gebendes Wiedersehen. Wir nicht vergessen. Du wirst es oft: Auf Wiedersehen. Doch niemals wird es nun geschehen. Ich kann es dir nicht sagen. Wie ich so lieb dich hab. Ich will es in mir tragen. Wie kann sein wie ein Grab. Deine Mutter.

Deutschland vorgefchlagen und später von Präsident Wilson empfohlenen Friedensverhandlungen.

Auf die Frage, ob die dänischen Sozialdemokraten damit zufrieden sind, einen eignen Vertreter in der Regierung zu haben, antwortete Stauning:

„Die Sozialdemokraten wünschen, daß eine unbedingte Neutralitätspolitik“ geführt werde. Hierzu hat die Partei beigetragen, indem sie die radikale Regierung, die beim Kriegsausbruch amtierte, unterstützte. Die Sicherheit für eine solche Neutralitätspolitik konnte durch die direkte Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung nur gesichert werden.“

Zum Schluß erklärte Stauning: „Die größten Opfer des gewaltigen Kampfes haben die Arbeiter gebracht, und es ist ganz natürlich, daß sie ihre Forderungen nach Friedensschluß mit weit größerer Kraft als vorher erheben werden. Man kann erwarten, daß das eingeschränkte Wahlrecht, das jetzt z. B. in Deutschland und Rußland vorhanden ist, dann große Änderungen erfahren wird. Nach dem Kriege wird es auch auf sozialem Gebiet härtere Kämpfe als vorher geben. Aber die Welt wird doch etwas gelernt haben, und so hoffen wir trotz allem auf die Zukunft.“

### Kriegsunterstützungsanträge.

Im Hauptausschuß des Reichstags wurden am Mittwoch zunächst die Anträge durchberaten, die zum Haushaltplan des Reichsamt des Innern gestellt worden sind. Abg. Dr. Quard (Soz.) begründete u. a. den Antrag der Sozialdemokraten, daß das Reichsamt des Innern gemeinsam mit dem Kriegsamt neue Arbeiterzuschussvorschriften namentlich für diejenigen Betriebe der Munitions- und Schwertindustrie erlassen soll, die besonders gesundheitsgefährlich sind.

Unterstaatssekretär Dr. Richter versicherte, daß schon jetzt für den Schutz der jugendlichen Personen und der weiblichen Arbeiter alles gethe, was irgend möglich sei. Für neue gesetzgeberische Eingriffe sei aber jetzt nicht die richtige Zeit. Die Unfallvorschriften, die im Frieden erlassen worden sind, gelten im vollen Umfang auch während des Krieges weiter. Ueberdies seien neue Unfallverhütungsvorschriften erlassen worden mit besonderer Rücksicht auf die jetzige Vermehrung der Frauenarbeit. Das Kriegsamt stelle jetzt eine größere Zahl weiblicher Fabrikinspektoren ein. Es seien auch Vorkehrungen getroffen, die Erfahrungen mit der Frauen- und Jugendarbeit während des Krieges zu sammeln, statistisch zu bearbeiten und für die spätere Regelung der Verhältnisse in der Friedenszeit zu benutzen.

Die Abgg. Bruhns (Dt. Fr.), v. Brochhausen (kons.) und Dr. Girsch (nail.) wandten sich gegen den sozialdemokratischen Antrag. Jetzt sei nicht Zeit, besondere Bestimmungen für den Arbeiterschutz zu erlassen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde der Antrag abgelehnt.

Abg. Hsch (Soz.) begründete den Antrag, den Siedenschluß für die offenen Verkaufsstellen allgemein auch für die Friedenszeit durchzuführen und zweitens einen Antrag, wonach die Arbeitszeit der Bureauangestellten 1 Stunde vor der örtlichen Abendstunde, spätestens um 6 Uhr abends, beendet sein muß und 8 Stunden werktäglich nicht überschreiten darf.

Abg. Reichling (Fortchr. Sp.) sprach sich gegen den Antrag aus, da ein derartiger allgemeiner Eingriff bedenklich sei. Die Verhältnisse an den einzelnen Orten seien zu verschieden.

Unterstaatssekretär Dr. Richter hat um Ablehnung der Anträge. Sehr bedenklich sei es, eine Notmaßnahme der Kriegszeit durch ein Gesetz auf die Friedenszeit zu übertragen. Würde der Antrag der Sozialdemokraten angenommen, so würde dies die zwangsweise Durchführung der durchgehenden Arbeitszeit bedeuten. Bevor man einen solchen Schritt wagt, müßte erst gründlich in aller Ruhe untersucht werden, ob das angängig sei, und diese Untersuchung sei erst im Frieden möglich.

Auch diese Anträge wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Ferner lag ein Antrag der Sozialdemokraten vor, die Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer, die für die Wintermonate für die Ehefrau monatlich 20 Mark und für die andern Personen 10 Mark beträgt, auch im Sommer weiterzuzahlen.

Ministerialdirektor Dr. Lewald teilte mit, daß der Bundesrat dies bereits beschloffen habe und die neue Verordnung in den nächsten Tagen veröffentlicht werde.

Abg. Schmidt (Berlin) begründet den Antrag der Sozialdemokraten, daß die Wochenhilfe ausgedehnt werde auf die Ehefrauen der im Hilfsdienst tätigen Personen, soweit Bedürftigkeit im Sinne der Verordnung über die Wochenhilfe vorliegt.

Ministerialdirektor Dr. Lewald sprach sich gegen die Anregung aus, da die wirtschaftliche Lage der Hilfsdienstpflichtigen von der der Kriegsteilnehmer sehr abweiche. Die Hilfsdienstpflichtigen erhalten ihre regelmäßigen, zum Teil hohen Löhne und Gehälter, und bei Trennung von der Familie würden nach besondere Zuschläge gewährt. Dieran schloß sich eine sehr eingehende Aussprache, an der der Staatssekretär Dr. Gelferich, die Abgg. Dr. David und Hsch sich beteiligten und die schließlich dazu führte, daß die Regierung sich bereit erklärte, der Anregung Folge zu geben. Darauf wurde der Antrag der Sozialdemokraten einstimmig angenommen. Ebenso angenommen wurde ein Antrag der Arbeitsgemeinschaft, daß die Unterstützung der Kriegswidowinnen von 1 Mark auf 1,50 Mark erhöht werde.

Abg. Schmidt (Berlin) begründete ferner einen Antrag, der eine Erhöhung der Invaliden- und Hinterbliebenenrente sowie in gewissen Grenzen auch der Unfallrente fordert.

Ministerialdirektor Dr. Gaspar trat diesen Anträgen entgegen, da sie erhebliche Mehrausgaben verursachen würden. Eine allgemeine Erhöhung sei auch nicht angebracht. Auch hier wurde nach einer längeren Auseinandersetzung wenigstens das erreicht, daß die Regierung zugesagt, es solle angeregt werden, daß der Bundesrat seine Anweisung über die Verwendung des 200-Millionen-Fonds ändere, um die Erhöhung der Rente in allen den Fällen zu ermöglichen, in welchen es nötig erscheint. Dagegen wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Abg. Dr. Quard wies darauf hin, daß die Reichsleitung ein Rundschreiben erlassen habe, in welchem Unterstützungen für die Familien befristeter Kriegsteilnehmer empfohlen werden, wenn die Familienunterstützung wegfalle. Er regte an, diesen Rundschreiben zu veröffentlichen und namentlich die Landesbehörden dringend zu eruchen, der Anregung Folge zu leisten. In den Randorten werde vielfach nicht danach gehandelt. Dr. Lewald versprach, daß der Anregung Folge gegeben werden soll.

Abg. Meyer (Hertord, nail.) regt an, daß denjenigen Kriegsteilnehmern, welche Arbeit verrichten, nicht der ganze Verdienst von der Kriegsunterstützung abgezogen werde. Auf der andern Seite sollte denjenigen Kriegsteilnehmern, die unbeschäftigt die Arbeit verweigern, in geeigneten Fällen nicht die volle Unterstützung gezahlt werden.

Ministerialdirektor Dr. Lewald teilte mit, daß häufig darüber Beschwerden eingelaufen seien, daß Kriegsfrauen unbeschäftigt die Arbeit verweigern. Auf der andern Seite liegen allerdings auch Klagen darüber vor, daß arbeitenden Frauen der ganze Arbeitsverdienst von der Familienunterstützung abgezogen werde. Die Reichsleitung habe daher einen Erlaß hinausgegeben, in welchem sie empfehle, den arbeitenden Kriegsfrauen nicht engherzig Abzüge zu machen, aber mit Abzügen gegen solche Kriegsfrauen vorzugehen, die unbeschäftigt die Arbeit verweigern. Abg. Koch (Soz.) hält es für sehr bedenklich, in dieser Weise gegen die Frauen vorzugehen, die die Arbeit verweigern. Eine große Zahl Kriegsfrauen sei infolge der ungenügenden Ernährung nicht mehr voll arbeitsfähig. Daher sei es sehr schwer zu entscheiden, welche Frau berechtigt und welche unbeschäftigt die Arbeit verweigere. Zu befürchten sei, daß dieser Erlaß der Reichsleitung engherzig ausgelegt werde.

Abg. Bruhns (Dt. Fr.) beantragt, daß die Familienunterstützung auch solchen kleinbäuerlichen Familien und kleinen Landwirtschaft treibenden Arbeiterfamilien gewährt werde, deren Einkommen 1500 Mark und weniger betrage und deren einzige volle Arbeitskraft das zum Seerespekt eingezogene Familienmitglied war.

Der Antrag wurde abgelehnt. Abgelehnt wurde auch ein Antrag Böhmer (Soz. Arb.-G.), dem Gemeinden die von ihnen vorausgelagten Familienunterstützungen schleunigst zurückzuerstatten.

Der Staatssekretär des Innern gab dann eine eingehende Darstellung uners wirtschaftlichen Verhältnisses zur Donaumonarchie und der Aufgaben und Ziele der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sowie der bisher auf diesem Gebiet zwischen den beteiligten Regierungen geführten Verhandlungen. Er wies insbesondere darauf hin, daß sich eine wirtschaftliche Annäherung keineswegs in sozialpolitischen Vereinbarungen erschöpfe, sondern daß daneben Abmachungen im Verkehrsweien, im Wirtschafts- und Wohnsrecht und in andern wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten eine sehr bedeutende Rolle spielen. Nach dem Zustandekommen des Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn würden die Verhandlungen über eine Annäherung in kurzer Frist weitergeführt werden. Die einzelnen Parteien legten ihre Stellung zu diesen Bestrebungen eingehend dar.

Abg. Schulz (Erfurt) begründete einen Antrag, der eine Reichsschulkonferenz für die Zeit nach dem Kriege fordere. Der Antrag wurde von der Regierung wegen verfassungsmäßiger Bedenken bekämpft. Diesen Bedenken schlossen sich Graf Westarp, das Zentrum und ein Teil der Nationalliberalen an. Erledigt wurde der Antrag mit 12 gegen 10 Stimmen angenommen.

### Obst und Gemüse.

Die Obst- und Gemüseversorgung aus der vorjährigen Ernte steht in keinem guten Andenten. Man ist daher sehr gespannt darauf, was in diesem Jahre geschehen soll. Der Leiter der Reichsstelle für Obst und Gemüse, Oberregierungsrat v. Tilly, hat einem Vertreter des „Berliner Tageblatts“ folgende Mitteilungen über den neuen Versorgungsplan gemacht:

Die Reichsstelle ist zu dem Entschluß gelangt, von einer Beschlagnahme und Nationalisierung der Ernte abzugehen. Als den einzig richtigen Weg der Versorgung sieht man die Vierzugungsverträge zwischen den Erzeugern und den Konsumenten an. Diese haben wieder die Bevölkerung durch Vermittlung der Kleinändler mit Gemüse und Obst zu versehen. Hervorzuheben ist vor allem, daß die Ausfuhrverbote der Kreise und Staaten nicht mehr bestehen. Die Freizügigkeit ist für das ganze Reich geschaffen; auch Bayern, Württemberg, Hessen und Baden usw. liefern ihre Erzeugnisse nach Preußen, wie wieder Preußen seine Erzeugnisse an die andern Bundesstaaten im Reich abgibt. Auf diese Weise wird ein Ausgleich zwischen Ueberfluß- und Bedarfsprovinzen und Städten geschaffen, der bisher fehlte. Des Herbstgemüse, als Dauerware, beträgt weite Transporte und hat deshalb von jeher in allen Gegenden Deutschlands annähernd den gleichen Preis gehabt. In Uebereinstimmung hiermit sind in den Verträgen über Herbstgemüse folgende feste Erzeugerpreise vorgegeben: Herbstweißkohl 3 Mk., Dauerweißkohl 4 Mk., Wirsingkohl 6 Mk., Dauerwirsingkohl 7,50 Mk., gelbe Kohlrüben 2,50 Mk., weiße Kohlrüben 2 Mk., rote Speisemöhren 6 Mk., gelbe Speisemöhren 4 Mk., weiße Möhren 3 Mk., Zwiebeln je nach der Jahreszeit 8 bis 14 Mk. für den Zentner, für das Einmieten werden dem Anbauer pro Monat und Zentner 25 bis 50 Pfennig vergütet. Handelskühlpreise und Verbraucherschätzpreise unterliegen den Preisprüfstellen der Kommunalverbände, die diese Festsetzungen unter Beziehung sachverständiger Kreise und mit Genehmigung der Reichsstelle festlegen. Nachschick verhält es sich mit Frühgemüse, das aber leicht verderblich ist und längere Transporte nicht aushält. Sein Absatz vollzieht sich in der Nähe des Erzeugungsortes. Es ist deshalb eine Festsetzung von Erzeugerpreisen nur in den entsprechenden Wirtschaftsgebieten möglich. Unter Frühgemüsen sind Spargel, Kohlrabarber, Erbsen, Bohnen, Karotten, Kohlrabi, Karotten und Gurken zu verstehen, deren Preise, wie bei den Herbstgemüsen, ebenfalls von den Preisprüfstellen festgesetzt werden.

Was das Obst betrifft, so kann das Publikum bestimmt auf eine bessere Versorgung und auf niedrigere Preise rechnen als im Vorjahr. Die Tafelobstbestimmung, die im Vorjahr erst die Keffelpreise so hoch trieb und es der ärmern Bevölkerung unmöglich machte, Obst zu kaufen, ist natürlich ausgemergelt. Unser Plan geht dahin, die Keffel in vier Gruppen einzuteilen. Für jede dieser Gruppen werden Höchstpreise für die Erzeuger und Pächter festgesetzt, die wohl eine gewisse Härte enthalten, da auch die besten Keffel, die sonst phantastische Preise erreichten, ebenfalls in die erste Klasse eingereiht werden müssen. Ein Teil des billigen Obstes muß natürlich zur Bereitung von Marmeladen und Mus an die von den Militärbehörden angegebenen Fabriken abgeliefert werden.

Um den Preisprüfstellen eine genaue Kontrolle über die Abschläge der Erzeuger mit den Großhändlern und Kleinhändlern zu ermöglichen, habe ich Schlußscheine einführen lassen, auf denen der Einkaufspreis für Gemüse und Obst genau festgesetzt werden muß. Derartige Schlußscheine haben bisher gefehlt und verhinderten die Preisprüfstellen am Einschreiten gegen die Suchepreise.

Der Leiter der Reichsstelle für Obst und Gemüse schaut mit großer Zuversicht in die Zukunft. Für sein Wirken braucht er auch diese Zuversicht und den Glauben an den Erfolg. Die Verbraucher hören freilich die Wutschreie von den billigeren Obstpreisen mit einigen Zweifeln angefüllt der hohen Suchepreise, die von Gemeinden schon bewilligt sind.

### Kriegslerikon.

Die französische Schützengraben-Zeitung „Le Bolle“ veröffentlicht eine Reihe von Uebersetzungen bekannter Reden, denen wir die folgenden entnehmen. Der amtliche Weg, der längste Weg, den man überhaupt einschlagen kann, um von einem Punkt zum andern zu gelangen. Ordnung: die Stadt, von der jeder Irlander, dem man in Paris begegnet, angeblich hierher gekommen ist.

Ein unüberwindlicher Krieger: ein Mann, der ohne Hammer und Brecheisen eins der den Soldaten von der Militärverwaltung überwiesenen Medikamentenlästchen zu öffnen vermag.

Militärische Ruhe: die Zeit, die den Uebungen und Nachtmärschen gewidmet ist.

Klippfisch: ein Nahrungsmittel, das der französische Soldat im Feld erhält, wenn es keinen Hering gibt.

Hering: ein Nahrungsmittel, das der französische Soldat im Feld erhält, wenn es keinen Klippfisch gibt.

### Notizen.

Interferenz der Deutschen in ganz Südafrika. Nach Meldungen der „Cape Times“ teilt der „N. A. E.“ mit, daß in ganz Südafrika sich eine Stimmung für sofortige Interferenz aller „feindlichen Fremden“ bemerkbar mache. Das südafrikanisch-englische Blatt berichtet, daß die Regierung bereits Maßnahmen getroffen habe. In Kapstadt sei schon eine große Zahl Deutscher interniert worden. Nach demselben Blatt hat jemand, der aus Swakopmund (der Hafenstadt inmitten Deutsch-Südafrikas) gekommen, die Besatzung mitgebracht, daß 17 dort internierte Deutsche einen Fluchtversuch in einem großen Boot gemacht haben. Sie seien gut bedovnet und mit Proviant für einen Monat versehen gewesen. Der Fluchtversuch sei im letzten Augenblick entdeckt und die Flüchtlinge gefangen und wieder interniert worden.

9 Monate Gefängnis für Milchpanscheren. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts 1 zu Berlin hatten sich am Mittwoch der Koffereibesitzer Mann und Frau zu verantworten. Abgesehen von dem hohen Wasserzusaß, der bis zu 70 Prozent betrug und gewöhnlich 50 Prozent ausmachte, bezeugte der Sachverständige den Fall schon deshalb als ungewöhnlich, weil die Angeklagten, sobald eine Probe die Milchverfälschung ergeben hatte, sich nicht dadurch wahren ließen, sondern ihr Milchgeschäft in derselben Weise fortsetzten. Infolgedessen erstreckten sich die zahlreichen Fälle der Anklage auf die lange Zeit vom Dezember 1915 bis November 1916. In einer Reihe von Fällen hatten die Angeklagten, die täglich mit ihren 20 Kühen einen Umsatz von etwa 200 Litern erzielten, etwa 40 Liter pro Tag entnommen und sie trotzdem als Vollmilch verkauft. In den übrigen Fällen waren von ihnen gegen 80 Liter Wasser täglich der Milch zugesetzt worden, wodurch sie einen unrechtmäßigen Verdienst von mindestens 7000 bis 8000 Mark erzielt hatten. Die Angeklagten wurden zu je neun Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt.

26 Letzten hingerichtet. Gegenüber der Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 29. Januar, die das lettische Seite erfahren haben will, daß in den letzten 9 Monaten 2000 Letzen = 2 Prozent der lettischen Bevölkerung wegen Hochverrats hingerichtet worden sei, stellt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ fest, daß in Wahrheit in gesamten in Betracht kommenden Stappengebiete seit dem 1. April 1916 32 Letzen wegen Hochverrats zum Tode verurteilt werden mußten, wovon 26 hingerichtet wurden.

### Artilleriekampf in der Champagne.

M. L. B. Großes Hauptquartier, 8. März 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Nur in der Champagne heftiges Artilleriefeuer; die übrigen Fronten blieben bei häufigem Wetter und Schneetreiben im allgemeinen ruhig. Bei Erkundungsvorstößen zwischen Somme und Oise waren 17 Engländer und Franzosen sowie mehrere Maschinengewehre eingebracht.

Westlicher Kriegsschauplatz. Keine Geschosshandlungen von Bedeutung. Zwischen Wlkeita und Molodczyno kam durch Bombenabwurf ein russisches Eisenbahngewehr zur Entgeißung.

Mazedonische Front. Rüdlich des Doiran-Sees Verspoßensstande. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

### Depeschen.

1000 Gefangene an der Westfront. — Berlin, 8. März. (Privattelegramm der „Welt-Anzeiger“.) Auf der Westfront sind in der Zeit vom 1. März ab 333 Engländer und 730 Franzosen gefangen genommen worden, 32 Maschinengewehre und 25 Schwebewerzeuge erbeutet worden.

Reine Homerule. M. L. B. London, 7. März. (Unterhaus.) Die britische Nationalistenpartei brachte einen Antrag auf sofortige Einführung einer neuen Homerule ein mit dem Hinweis darauf, daß dadurch die Stellung der Allierten in ihrem Verlangen nach Anerkennung gleicher Rechte für die kleinen Nationen gesichert werde.

Im Laufe der Besprechung sagte Lloyd George, die Regierung sei bereit, allen Teilen von Irland, die es unabweisend verlangen, die Selbstregierung zu gewähren. Die Iren können zu jeder Zeit mit ausdrücklicher Zustimmung aller Parteien in England die Selbstregierung für jeden Teil ihres Landes erlangen, der sie fordere. Aber keine Partei werde die Forderung unterstützen, daß Ulster in ein solches Abkommen hineingezogen werde.

Redmond brühte seine tiefe Enttäuschung darüber aus, daß die Regierung nie seinem endgültigen Plane hervortrete und riet den Nationalisten, an der fruchtlosen Besprechung nicht weiter teilzunehmen. Darauf verließen Redmond und die Nationalisten das Haus. Es gab einige Zwischenrufe, aber keinen Zwischenfall. Die Besprechung wurde von den andern Mitgliedern des Hauses ruhig fortgeführt. Die Nationalistenpartei wird morgen über die Lage berichten.

**Bekanntmachung.**

Der Vortrag des Herrn Reichstagsabgeordneten

**Dr. Gustav Stresemann**

muß vom Montag den 12. d. M. bis auf weiteres verschoben werden, da der Redner durch seine parlamentarische Tätigkeit verhindert ist. Neuer Termin wird bekanntgegeben werden. 3927

Die Handelskammer.

**Arbeitsmarkt**

**Westenschneider**

für feinste Makereit gesucht. 284

**Heinrich Casper.**

**Schuhmacher**

welcher was mitmachen kann, gesucht Hohlförststraße 20.

**Gärtner-Gehilfe**

sucht G. Appel, Groß-Abenburg, Handlungsgärtner u. Baumgärtner, Meldungen schriftlich an mich oder mündlich bei Scheel, Ingenieur, Magdeburg, Berliner Straße 1a.

Flatter Polsterer u. hoch. Sofa od. Affordach, für dauernd gef. Vahle, Dalberg Str. 40

Einige tüchtige Dreher, Hobler und Schlosser gegen guten Lohn und dauernde Affordach gesucht. 3884

**Ferdinand Altenburg** Am Fuchsborg 3.

**Kutscher**

472 gesucht Schwartzkopf & Co. Hohlförststraße 43.

1 Kleider- u. Jagdanzug-Gehilfe, hoch. Gehalt, Knochenschneider 9

für meine Silberarbeiten, Goldarbeiten und Schmiedearbeiten, Schmiedestr. 13. 3841

**Lehrling**

auch für Kantor und Sager mit monatlicher Vergütung. 3822

**Eduard Ranwig** Hohlförststraße 6a.

**Strohhut-Näherinnen**

gegen hohen Lohn sofort gesucht. 3841

**Oskar Albrecht u. Emil Göke,**

Hohlförststraße 15a.

Wir suchen für die allgemeinen Sägenarbeiten einer Sägenfabrik für 20 bis 40 Gehilfen 3821

**eine saubere fleißige und fachkundige Frau.**

zu machen: Gubenburger Maschinenfabrik und Maschinenerei Aktiengesellschaft zu Magdeburg Hohlförststraße 7.

**Großtuch-Schneider**

für feinste Makereit auf Herbest - aber vorher dem Ganzen gesucht. 284

**Heinrich Casper**

**Schneider**

auf alle Makereit. Besondere Feinheit gesucht. 3825

**David Bick & Co.,** Schrank, Klempner.

**Zwei Dampfheizer**

sofort gesucht. 715

**E. C. Helle, Zuckerraffinerie,**

Magdeburg-Güterbahnhof, Gellertstraße 15.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung für unseren Betrieb

**ungelehrte Arbeiter und Platzarbeiter**

in größerer Zahl. Rückmeldungen wollen sich schriftlich oder mündlich werden an Arbeitsvermittlungsbüro der

**Fabrik Premnitz**

Sachsen, Bahnhofsstraße 22. 220

**Kammer-Lichtspiele**

Ab heute Freitag - nur 3 Tage

**Hans Mühlhofer**

**Das Skelett**

ein feiljames Kammerlebens in 4 Akten nebst Vor- und Nachspiel von Karl Schindler ein unvergleichlich schönes Meisterwerk deutscher Filmlust

**Das kommt vom Bummeln**

ein heiteres Lustspiel in 2 Akten von Alfred Golin - in der Hauptrolle

**Manny Ziener.**

**Tonbild-Theater**

Neu! Neu!

**Im Bewußtsein der Schuld**

eine glänzende Erzählung in 4 Akten von

**William Wauer**

**Colosseum**

Ab heute Freitag:

**Die Senatorwahl**

eine Kriminalerzählung mit

**Stuart Webbs.**

**Weißwand**

**Melitta Petri Herbert Paulmüller Albert Paulig** in dem reizenden Lustspiel

**Ein delikater Auftrag.**

**Panorama-Lichtspielhaus**

Ab heute Freitag bis einschließlich Sonntag das große geschichtliche Dokument

**Die Schlacht an der Somme**

der dritte Film der militärischen Film- und Photostelle

ein Film, der von militärischer Seite aufgenommen ist und uns die Schrecken zeigt, die unsere Heiden an der Somme durchmachen mußten.

Ferner:

**Der Schal der Sünde**

ein Filmdrama in drei Teilen von Robert Geymann - in den Hauptrollen

**Erna Morena und Harry Liedtke.**

**Tüchtige Friseur**

gegen hohen Gehalt verlangt

**R. Schoff,**

Himmelreichstraße 1.

**Junge Mädchen**

sucht Dampf- wäscherei Elisenstraße 22. 778

**Saubere Anwärterin**

mit sofort. Gehalt. Dert. Südtierstr. 38. II.

**Lehrlinge und Zuarbeiterinnen**

388 Können hoch werden

**Koch, Lellnerstr. 17, II.**

**Laufmädchen**

sofort gesucht. Emil Göke, Schmiedestr. 13. 3841

**Zuarbeiterin**

für dauernd. Gehalt. Fr. M. Janowsky, Kaiserstr. 41, II. Eingang Schützenstraße.

Saubere, chr. Anwärterin für feine Hausarbeit gesucht Fr. M. Janowsky, Kaiserstr. 41, II. Eingang Schützenstraße.

**Fahrplanänderung.**

Seit 10. d. M. ab wird Sonntagszug 499 Magdeburg Hbf. (ab 45) - Halle (an 62) den Schenker bis Götzen wie folgt früher gelagt:

Götzen	an 47	ab 49	Magdeburg
Götzen	an 50	ab 52	Magdeburg
Götzen	an 53	ab 55	Magdeburg
Götzen	an 56	ab 58	Magdeburg
Götzen	an 59	ab 61	Magdeburg

Magdeburg, den 6. März 1917. Königl. Eisenbahndirektion.

**Zahn-Praxis**

**A. Sngatowski**

Königsplatz 11. Künstliche Zähne u. Gebisse, Stützplättchen, Zahntraum jedes Systems. Zahnärztliche u. chirurgische Behandlung des Mundes. Zahnreinigung, Zahnfüllungen, Zahnziehen, Zahnprothetik. Zahnärztliche u. chirurgische Behandlung des Mundes. Zahnreinigung, Zahnfüllungen, Zahnziehen, Zahnprothetik.

Montag, den 12. März, Sonntag 9 bis 12.

**Wilhelm-Theater.**

Freitag den 9. März

**Gasparone.**

Samstag den 10. März

**Die Walfüre.**

Sonntag den 11. März, nach

**Der dumme August.**

Montag den 12. März

**Gasparone.**

Freitag den 9. März

**Die Walfüre.**

Sonntag den 10. März

**Die Räuber.**

Schülerkarten haben Gültigkeit.

**Umpressen**

familliger Strohhüte auf moderne Formen.

**Sutfabrik 3811**

**Emil Göke**

Himmelreichstraße 13.

**Stadt-Theater.**

Freitag den 9. März

**Die Walfüre.**

Sonntag den 10. März

**Die Räuber.**

Schülerkarten haben Gültigkeit.

**Stephanshallen**

Proktion Rich. Frokerz

Täglich abends 7 Uhr

**Konzert u. erstklassige Spezialitäten**

Familien-Programm.

**Fürstenthheater**

Freitag den 9. März, neue glänzende Spezialitäten

**Die Fahrt ins Glück**

Freitag den 9. März, neue glänzende Spezialitäten

**Die Fahrt ins Glück**

Freitag den 9. März, neue glänzende Spezialitäten

**Die Fahrt ins Glück**

Freitag den 9. März, neue glänzende Spezialitäten

**Die Fahrt ins Glück**

Freitag den 9. März, neue glänzende Spezialitäten

**Deutsche Kolonial-Gesellschaft**

Abteilung Magdeburg.

Am Dienstag den 13. März 1917, abends 8 Uhr (pünktlich), findet im großen Saale der alten Harmonie, Belderstraße 1, ein

**Vortrag**

des durch seine interessanten Abhandlungen in der „Deutschen Kolonialzeitung“ und den hiesigen Tageszeitungen bekannten Kolonialfachmanns Herrn Dr. Karstadt (Berlin) über

Warum wir unbedingt eines ausreichenden Kolonialgebietes nach dem Kriege benötigen mit Lichtbildern statt

Freie Eintrittskarten (nicht übertragbar) sind in der Buchhandlung des Herrn C. E. Risch Nachf., Breitenweg 150 (Eingang Himmelreichstraße), für Mitglieder der Kolonialvereine und deren Angehörige gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten bis einschließlich 11. März zu entnehmen; ebendasselbe werden auch Einzelkarten zur Mitgliederschaft entgegengenommen. In den letzten zwei Tagen werden Karten für Gäste ausgegeben, wenn solche noch vorhanden sein sollten.

**Ansichtspostkarten**

empfehlen die Buchhandl. Volksstimme

**ZENTRALTHEATER**

TEL. 1778 - DIR. ANTON-LÖLGEN TEL. 1776

Freitag:

Wegen technischer Vorbereitungen geschlossen.

Kaffe: 10 bis 1 und 5 bis 7 Uhr.

Sonnabend: 275

Zum ersten Male!

**Die Fahrt ins Glück**

Operette von Gilbert.

Samstag nachmittag und abend:

**Die Fahrt ins Glück.**

Freitag den 9. März, neue glänzende Spezialitäten

Freitag den 9. März, neue glänzende Spezialitäten

Freitag den 9. März, neue glänzende Spezialitäten

Freitag den 9. März, neue glänzende Spezialitäten

Freitag den 9. März, neue glänzende Spezialitäten

Freitag den 9. März, neue glänzende Spezialitäten

Freitag den 9. März, neue glänzende Spezialitäten

Freitag den 9. März, neue glänzende Spezialitäten